



**Anfragen zum Plenum zu den Plenarsitzungen am  
07./08./09.12.2021  
– Auszug aus Drucksache 18/19552 –**

**Frage Nummer 71  
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter  
**Benjamin  
Adjei**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen sie die Absichtserklärung der CIO von Bund und neun Bundesländern zur Stärkung der Digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes nicht unterzeichnet hat, welche offenen Fragen eine Beteiligung Bayerns an der gemeinsamen Entwicklung von Open-Source-Software für Behörden verhindern (bitte alle offenen Fragen auflisten) und mit welchen anderen Maßnahmen sie die digitale Souveränität in der öffentlichen Verwaltung sicherstellen möchte?

**Antwort des Staatsministeriums für Digitales**

Die Stärkung der Digitalen Souveränität ist auch Bayern ein großes Anliegen, das wir mit den anderen Bundesländern und dem Bund bspw. im IT-Planungsrat und dessen Gremien verfolgen. Auch ist es aus unserer Sicht unstrittig, dass die Thematik „souveräner Arbeitsplatz“ von hoher Relevanz für die Digitale Souveränität ist.

Eine Zielsetzung in der benannten Absichtserklärung ist es, bislang separate Initiativen zu OS-basierten Office-Lösungen zu synchronisieren und gemeinsam fortzuführen. Die Inhalte dieser Vorhaben sollen so aufeinander abgestimmt werden, dass die gemeinsame Erarbeitung eines souveränen Arbeitsplatzes für die Öffentliche Verwaltung gelingt.

Zwar hat der Freistaat Bayern allgemeine OS-Office-Lösungen im Einsatz, betreibt aber darüber hinaus derzeit keine Entwicklungen für ein eigenes OS-Softwarepaket, das bei o. g. Abstimmung einzubringen wäre. Aus diesem Grund, und da sich der Freistaat Bayern ohnehin bereits in oben genanntem, größerem Zusammenhang klar für die digitale Souveränität ausspricht, hat sich Bayern in diesem frühen Stadium der fachlichen Ausgestaltung an der Absichtserklärung zur Stärkung der Digitalen Souveränität und der gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes noch nicht beteiligt.

Das Staatsministerium für Digitales (StMD) hat aber bereits bei Teilnahmeabfrage die Initiatoren der Absichtserklärung gebeten, über das Vorhaben auf dem Laufenden gehalten zu werden und verfolgt die Entwicklung eng.